



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

21. Jg. Nr. 5
Oktober 2015

Editorial

Geh ins Offene ...

Sie passen nicht zusammen – der Produktionsplan dieser Salzkörner und der Zeitablauf der Synode: Wir erscheinen unmittelbar nach Abschluss der Synode, diese Zeilen entstehen aber, während die Beratungen noch in vollem Gang sind und man den Ausgang des bisher wichtigsten Ereignisses dieses Pontifikats nicht erahnen kann.

Dies ist der Moment, noch einmal mit Abstand auf das Geschehen zu schauen: Am Beispiel der Familie ringt die Kirche darum, wie sie dem Anspruch, die "Zeichen der Zeit" zu erkennen und in diese Zeit hinein das Evangelium zu verkünden, es zu leben, heute gerecht wird. Schon das Konzil beschrieb Sorgen und Herausforderungen: "Betroffen von einer so komplexen Situation, tun sich viele unserer Zeitgenossen schwer, die ewigen Werte recht zu erkennen und mit dem Neuen, das aufkommt, zu einer richtigen Synthese zu bringen; so sind sie, zwischen Hoffnung und Angst hin und her getrieben, durch die Frage nach dem heutigen Lauf der Dinge zutiefst beunruhigt." In dieser Spannung zwischen Lehre und Leben ihren Weg zu gehen, bleibt der gesamten Kirche wie ihren Teilkirchen und wie jedem Einzelnen immer aufgegeben.

Wer hier Barmherzigkeit sucht und konkrete Wege zur Lösung konkreter Probleme finden will, dem darf man nicht vorhalten, er verrate die Kirche. Umgekehrt muss man auf diejenigen, die sich sorgen, ob sich die Kirche aus Bequemlichkeit zu sehr gesellschaftlichen Normen anpasse, zugehen, das offene und vertrauensbildende Gespräch suchen.

"Geh ins Offene ..." hat ein Freund seiner Kollegin Angela Merkel in Wendezeiten in ein Buch geschrieben. Das ist, ausgerüstet mit dem Evangelium und dem Glaubenszeugnis durch die Jahrhunderte, auch ein Wort für die Kirche, für heute – und für morgen.

Stefan Vesper

Inhalt

- Jüdisches Leben in Deutschland** _____ 2
Gemeinsame zivilgesellschaftliche
Herausforderungen für Juden und Christen
[Josef Schuster, Stefan-B. Eirich](#)
- Eine/r von uns** _____ 3
Eine Aktion der Christlichen Arbeiterjugend
[Michael Herkendell, Katharina Tradt](#)
- Kultur ist nicht das Sahnehäubchen** _____ 5
Kunst und Kultur sind vielmehr die Hefe
im Teig unserer Gesellschaft
[Regina-Dolores Stieler-Hinz](#)
- Gelebte Teilhabe mit Hoffnungsträgern** _____ 6
Einige Momentaufnahmen vom Diözesanrat
der Katholiken im Erzbistum Berlin
[Lissy Eichert](#)
- Pflegestärkungsgesetz II** _____ 8
Meilenstein mit Verbesserungsbedarf
[Tatjana Sorge, Elisabeth Fix](#)
- Wir brauchen eine Theologie der
Nachhaltigkeit** _____ 10
Globale Nachhaltigkeitsziele
[Marlehn Thieme](#)
- Dialog mit den Nicht-Glaubenden** _____ 12
Spezifische Herausforderungen beim
Katholikentag in Leipzig
[P. Hermann Kügler SJ](#)

2 Religionsgemeinschaften Deutschland

Jüdisches Leben in Deutschland

Gemeinsame zivilgesellschaftliche Herausforderungen für
Juden und Christen

Über 40 Jahre gibt es beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) den Gesprächskreis "Juden und Christen". Der Geistliche Rektor im ZdK, Stefan-B. Eirich, ist zugleich Geschäftsführer dieses Gesprächskreises und stellte Dr. Josef Schuster, dem Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, nachfolgende Fragen.

Eirich: *Wie kann Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft gelingen?*

Schuster: Es ist wichtig, dass sich die einzelnen Gruppen mit Respekt und auf Augenhöhe begegnen. Es sollte ein Miteinander geben anstatt ein Nebeneinander, bei dem der eine nicht viel über den anderen weiß. Die Basis des Zusammenlebens bildet in Deutschland das Grundgesetz, das auch unsere Werte widerspiegelt. Daneben müssen alle Menschen die gleichen Chancen haben, etwa im Bildungssystem. Dort darf nicht die Herkunft darüber entscheiden, welcher Schulabschluss erreicht wird.

Eirich: *Welche Rolle spielen dabei die Religionen?*

Schuster: Wichtige Werte wie die Sorge um den Nächsten, die Hilfe für Bedürftige oder die Bewahrung der Schöpfung sind allen großen Religionen gemein. In den Kirchen, Synagogen und Moscheen sowie in zahlreichen sozialen und in Bildungs-Einrichtungen haben die Religionsgemeinschaften die Möglichkeit, diese Werte zu vermitteln. Den drei großen monotheistischen Religionen kommt dabei sicherlich eine besondere Bedeutung zu, denn die deutsche Kultur ist über Jahrhunderte von Christentum und Judentum geprägt worden. Der Islam ist mittlerweile seit Jahrzehnten durch die Zuwanderung mit einer weitaus größeren Zahl von Menschen in Deutschland vertreten als das Judentum. Daher kommt diesen drei Religionen eine große Verantwortung zu.

Eirich: *Wie bewerten Sie den veränderten und schwindenden Einfluss von Religion auf die säkulare Gesellschaft?*

Schuster: In der Tat sind immer weniger Menschen in Deutschland Kirchenmitglieder, und auch die Zahl der jüdischen Gemeindeglieder ist ganz leicht rückläufig. Al-

lerdings zeigt sich in Umfragen immer wieder, dass viele Menschen offen sind für religiöse Fragen und auf der Suche nach einem höheren Sinn ihres Lebens. Tatsache ist aber auch, dass der Einfluss der Religionsgemeinschaften begrenzt ist. Ein solides Wertefundament, eine übergreifende Klammer jenseits der Religion ist daher notwendig in unserer Gesellschaft.

Eirich: *Welche Herausforderungen sehen Sie in der aktuellen Situation der nach Deutschland Flüchtenden in Fragen der Aufnahme und Integration?*

Schuster: Ganz praktische Aufgaben wie Wohnungsbau, Ausbau der schulischen Kapazitäten, Sprachvermittlung etc. sind zu bewältigen und werden viel Geld kosten. Dabei muss die Politik darauf achten, dass andere sozial schwache Gruppen in unserer Bevölkerung nicht vergessen werden. Noch wichtiger ist in meinen Augen allerdings, die Flüchtlinge mit unseren Grundfesten vertraut zu machen: mit dem demokratischen Rechtsstaat, mit unseren Grundwerten, zu denen aus meiner Sicht auch die Solidarität mit Israel und die aus der Shoa entstandene Verantwortung Deutschlands gehören.

Eirich: *Stichwort Fremdenhass – welche Forderung und welchen Appell haben Sie an die Politik und an die Menschen in Deutschland?*

Schuster: Es ist eine aggressive und fremdenfeindliche Stimmung in der Bevölkerung zu spüren, wie wir es lange nicht erlebt haben. Leider lassen sich nach wie vor viele Menschen von den rechten Rattenfängern beeindrucken. Politik und Gesellschaft sind aufgefordert, diesen Bewegungen mit allen Mitteln des Rechtsstaats und mit Zivilcourage entgegenzutreten. Menschen, die den Rechtsextremismus bekämpfen, brauchen unseren vollen Rückhalt und unsere Unterstützung. So hat etwa der Zentralrat der Juden in diesem Jahr die mutige Journalistin Andrea Röppe mit dem Paul-Spiegel-Preis für Zivilcourage ausgezeichnet. Sie berichtet seit Jahrzehnten über die rechtsextreme Szene. Und die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs hat gerade erst in Stuttgart die Amadeu Antonio Stiftung ausgezeichnet. Auch all jene Menschen, die sich jetzt für Flüchtlinge engagieren, setzen ein wichtiges Zeichen. Wenn uns dann noch das Verbot der NPD gelingen würde, wären wir einen großen Schritt weiter.

| **Dr. Josef Schuster**
Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland
| **Stefan-B. Eirich**
Geistlicher Rektor im ZdK

Migration Flüchtlinge

Eine/r von uns

Eine Aktion der Christlichen Arbeiterjugend

Seit über zehn Jahren organisiert die Christliche Arbeiterjugend (CAJ) unter dem Aktionsnamen "Praktiker Weltna(h)rr" Veranstaltungen mit und für junge Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, sie wurde dafür u. a. vom Bündnis für Demokratie und Toleranz ausgezeichnet. Oberste Maxime des Praktikers ist es nicht, über Jugendliche mit Migrations- und Fluchthintergrund zu sprechen, sondern mit ihnen. Neben deutschen TeilnehmerInnen setzt sich die Gruppe zusammen aus Jugendlichen aus Somalia, Sri Lanka, Pakistan, Afghanistan, dem Iran, Angola und Syrien.

Um eine Verbesserung der Situation zu erreichen, arbeiten die Jugendlichen nach der Methode "Sehen-Urteilen-Handeln". Sie tauschen sich über ihre Lebensgeschichte aus und suchen nach den Ursachen, Profiteuren und Folgen ihrer Situation. Sie decken Widersprüche zwischen ihrer Situation und ihrer Würde auf und leiten auf dieser Grundlage ihrer politischen Forderungen ab. Dabei zeigt sich, dass sich die fundamentalen Bedürfnisse, Wünsche und Träume der deutschen TeilnehmerInnen für ein gelingendes und erfülltes Leben nicht von denen der Jugendlichen aus anderen Ländern unterscheiden. Die Chancen darauf, dass sich diese Träume erfüllen, sind in der Realität jedoch sehr unterschiedlich verteilt: Jugendliche mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus sind strukturellen Benachteiligungen ausgesetzt, die einem würdigen Leben im Wege stehen. Vor allem der gleichberechtigte Zugang zu Arbeit und Ausbildung bleibt ihnen vielfach vorenthalten, ebenso wie die volle Gesundheitsversorgung. Doch auch für Menschen aus Krisen- und Kriegsgebieten muss das Leben in Deutschland und Europa mehr bieten als die Abwesenheit von Krieg. Dies bedeutet konkret, dass strukturelle Benachteiligungen abgebaut werden müssen. Daher fordert der Praktiker Weltna(h)rr u. a. auch den sofortigen, gleichberechtigten Zugang für Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt. Junge Menschen sollten einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen, wenn sie eine Ausbildungsstelle erhalten können, sowie das Recht auf Sprachkurse von Anbeginn des Aufenthalts haben. Neben der integrativen Kraft, die von der Erwerbsarbeit ausgeht, sind es vor allem die Talente der Flüchtlinge, die aufgrund der bisherigen Rechtslage nicht entfal-

tet werden können. Diese Erfahrung haben auch Sabine Friesen und Katharina Tradt, Sprecherinnen des Praktikers Weltna(h)rr gemacht: "Wir sind überzeugt, dass jeder junge Mensch Charismen hat. Doch junge Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus wird es erschwert, diese in der Arbeitswelt einzubringen."

Ängste und Träume

Um auf diesen Umstand auch öffentlich hinzuweisen, haben die Mitglieder des Praktikers eine Ausstellung konzipiert, die unter der Überschrift "Eine/r von uns" die Situation von jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund beleuchtet und deutschlandweit in verschiedenen Diözesen gezeigt wird. Auf Plakaten erzählen die TeilnehmerInnen von ihrem Leben, ihren Ängsten und Träumen, nicht zuletzt aber auch von ihren Talenten und politischen Forderungen. Viele Diözesanverbände der Christlichen Arbeiterjugend stellen die Ausstellung in ihren Diözesen aus. Dadurch beschäftigen sie sich gleichzeitig mit der Lebensrealität junger Flüchtlinge. Auch ist es immer wieder gelungen, Politiker, Presse und Öffentlichkeit durch die Ausstellung auf die Inhalte der Gruppe aufmerksam zu machen. Dass die TeilnehmerInnen ein Teil der Bewegung waren, welche die Aufhebung der Residenzpflicht, den schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt etc. für Flüchtlinge forderte und diese Forderungen nun zum Teil wahr geworden sind, freut die Gruppe. Groß ist aber gleichzeitig die Sorge, dass diese Verbesserungen nun wieder auf dem Spiel stehen. "Im Laufe unseres Projekts haben wir zum einen gesehen, dass gerade Menschen, die der Ethnie der Roma angehören, in den Balkanstaaten diskriminiert werden. Zum anderen haben wir herausgearbeitet, dass es gewisse Standards geben muss, damit Menschen, die in Deutschland ankommen, würdig leben können", so Katharina Tradt. "Dass nun verschiedene Staaten des Balkans einfach zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden und lang erarbeitete Rechte – wie etwa Bargeld statt Gutscheinebezug – wieder zurückgenommen werden sollen, finden wir unverständlich. So bleibt, neben der Freude über die bisherige Arbeit, weiterhin viel zu tun."

| [Michael Herkendell](#) |

Referent für politische Bildung beim
Bildungsinstitut der arbeitenden Jugend

| [Katharina Tradt](#) |

Diözesanleiterin der CAJ Berlin

4 Gesellschaft Kunst und Kultur

Kultur ist nicht das Sahnehäubchen

Kunst und Kultur sind vielmehr die Hefe im Teig unserer Gesellschaft.

Kunst und Kultur sind treibende Kraft, damit sich der Mensch die Welt zu eigen machen kann. Und gerade diese Kraft benötigen wir derzeit ganz besonders. Denn die Welt ist bei uns zu Gast. Vor unserer Haustür, in unserer Mitte, in ihrer ganzen Vielfalt. Und sie ist nicht nur Gast, sondern dauerhafter Bestandteil unserer Gesellschaft.

Wirkkraft von Kunst und Kultur

Oft erscheint uns diese neue, andere Welt noch fremd und ungewohnt. Manchmal gar beängstigend. Doch die Künste geben uns die Mittel an die Hand, diese Welt für uns zu erobern. Und uns dabei gleichzeitig auch selbst darin zu verorten. Denn Kunst und Kultur besitzen den einzigartigen Vorteil, dass sie über eine universelle Sprache verfügen, die identitätsstiftend und Werte vermittelnd ist, egal woher der Einzelne kommen mag. In dieser Weltsprache können Bedürfnisse und Wünsche artikuliert, Erfahrungen reflektiert und Leben in neuen Zusammenhängen gedacht werden. Diese Wirkkraft verhilft dem Einzelnen, sich in eine Gemeinschaft zu integrieren und sich in die Gesellschaft zu sozialisieren. Denn als Schnittstelle zwischen Bildung, Sozialem und Kultur bildet das Kulturkapital eine ganzheitliche, von gemeinsamen Visionen geprägte Grundlage für Werte, Verständnis, aber auch für Veränderung, Grundvoraussetzung für ein gelingendes Miteinander in einer demokratisch geprägten Zivilgesellschaft. Und für eine humane Sozialpolitik, der wir uns als Christinnen und Christen in besonderem Maße verpflichtet fühlen.

Soziale Dimension

Kulturpolitik muss daher immer auch im sozialen Kontext gesehen werden und für alle Menschen in Form von kultureller Bildung und Teilhabe als Grundrecht gesichert sein. Gerade für sozial und ökonomisch randständige gesellschaftliche Gruppen hat die soziale Wirkkraft von Kunst und Kultur eine zukunftsbildende Katalysatorfunktion. Um

die Chancen des Einzelnen zur Selbstfindung und gesellschaftlichen Teilhabe zu erhöhen und sie für neue gesellschaftliche Herausforderungen zu qualifizieren – unabhängig davon, aus welcher sozialen Gruppe oder welchem kulturellen Milieu sie stammen. Kunst- und Kulturvermittlung übernehmen eine wichtige Funktion im Kampf gegen Ausgrenzung und soziale Diffusion. Deshalb braucht unsere Gesellschaft, brauchen wir, eine bezahlbare, niederschwellige kulturelle Infrastruktur für alle Menschen von Anfang an, basierend auf einem weiten Kulturverständnis – um bildungsbenachteiligte Kinder- und Jugendliche zu erreichen, aber auch die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen. Gerade diese oftmals jungen Asylsuchenden benötigen nicht nur eine materielle Versorgung, sondern auch eine kulturelle. Insofern braucht es mehr denn je besonderer Anstrengungen der interkulturellen Öffnung und des Dialogs, um die Vielfalt der Kulturen im Einwanderungsland Deutschland weiter zu fördern und einer Klassen-Gesellschaft entgegen zu wirken.

Soziale Spaltung

Diese Gefahr ist virulent. Die OECD-Berichte bestätigen jedes Jahr aufs Neue, dass in keinem anderen Land die Schere zwischen Arm und Reich schneller auseinandergeht als in Deutschland. Das hat zur Folge, dass sich die Kluft vergrößert zwischen denjenigen, denen die Welt offensteht und jenen, denen Zugänge zu Bildung, Arbeit und kultureller Teilhabe verschlossen bleiben. Was kulturelle Bildung nicht kann, ist gesellschaftliche Ungleichheiten aufzuheben. Sie vermag aber, gesellschaftliche Verhältnisse zu transzendieren und eine eigene Kraft zu Innovation und Utopie zu entwickeln. Vor allem, weil der Mensch nicht als Problem, sondern als potentielle und konkrete Bereicherung gesehen wird. Und so integrieren Kulturschaffende häufig sozialpolitische Fragestellungen in den Kunstdiskurs und lassen mit künstlerischem Eigensinn neue Fragen und neue Antworten zu. Sie nehmen kritisch Stellung gegenüber einer Gesellschaft, in der eine soziale Schieflage aufgrund einer in großen Teilen neoliberal geprägten Politik offenbar wird und sprechen sich aus gegen eine zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche.

Gesellschaft

Kunst und Kultur

Öffentliche Kulturförderung

Diese kreative Initialzündung für gesellschaftliche Prozesse zu gestalten ist für die Kulturakteure überlebenswichtig, da sie sich zunehmend mit ihrem gesellschaftlichen Nutzen legitimieren müssen. Die Finanznot der öffentlichen Haushalte sowie gleichzeitig steigende Sozialausgaben führen dazu, dass gerade Kulturausgaben als sogenannte freiwillige Leistung zunehmend unter Druck geraten und erhebliche Kürzungen erfahren. Unterfinanzierung oder Schließung von Einrichtungen, Personalabbau und Privatisierungen gefährden aber die Vielfalt und den Zugang zur kulturellen Szene. Die soziale Verantwortung des Staates zeigt sich auch darin, Chancen zur Teilhabe an Kunst und Kultur für alle Menschen offenzuhalten. Der Zugang zur Kultur darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Dies muss durch eine ausreichende öffentliche Finanzierung sichergestellt werden. Vor allem dürfen die Ausgaben für die menschenwürdige Versorgung der Asylsuchenden im Sozialbereich nicht gegen die Aufwendungen für die kulturelle Versorgung gegeneinander aufgerechnet, sondern als sich bedingende Ressourcen verstanden werden.

Rolle der Kirche

Wir brauchen aber nicht nur eine ausreichende gesicherte Förderung von Kunst und Kultur, sondern auch die Bereitstellung von Mitteln und Räumen, die künstlerische Arbeit im sozialen Kontext ermöglicht und zugleich Künstlern und Kulturschaffenden den nötigen Freiraum für ihre schöpferische Arbeit lässt. Hier muss die Kirche verantwortliche Position beziehen, indem sie eine Vorreiterrolle als faire Förderin in der Kunst und Kultur übernimmt. Und gleichzeitig ihrer sozialpolitischen Verantwortung gerecht wird – als Ermöglicherin für integrative Kulturprojekte und als Anwältin der Kunst- und Kulturschaffenden, die sich zunehmend zwischen unabhängiger Schaffenskraft und der Notwendigkeit, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, befinden.

Kreatives Prekariat

Besonders für freischaffende Künstlerinnen und Künstler, die zumeist auf öffentliche Förderung bzw. auf Engagements in öffentlichen Kultureinrichtungen angewiesen sind, zahlt sich die Kreativität oftmals nicht aus. Im Gegenteil. Sie sind in der ernüchternden Realität der aty-

pischen Arbeitsverhältnisse angekommen. Zu oft wird Kulturarbeit auf Honorar-, Werkvertragsbasis – häufig unter Mindestlohn – oder gänzlich unbezahlt geleistet. Vertragliche Freiräume, die eigentlich aus künstlerischen Gründen eingeräumt wurden, werden im Zuge von Sparmaßnahmen als Rationalisierungspotential genutzt. Mit der Folge, dass viele Schutzrechte und Absicherungen verloren gehen und Kulturarbeiter in der Pflicht sind, selbst Vorsorge zu leisten, was aufgrund der niedrigen Einkommen trotz Mehrfachbeschäftigungen kaum zu leisten ist.

Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP)

Aktuell aber wird unser System der Kulturförderung noch von ganz anderer Seite in Frage gestellt. Das gegenwärtig verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA bedroht die Kulturförderung unseres Landes auf ganz grundsätzliche Art. Denn das europäische System der Kultursubventionierung wirke angeblich marktverzerrend. Kultur und ihre Förderung dürfen jedoch nicht noch weiter aufs rein Ökonomische reduziert werden. Auch wenn eine Generalklausel für die Kultur in die Präambel des Abkommens aufgenommen oder eine kulturelle Ausnahme gemacht würde – das System der Kulturförderung und somit besonders die Kommunen, die die kulturelle Grundversorgung leisten, stünden in jedem Fall vor großem Rechtfertigungsdruck. Wieder einmal müsste definiert werden, was als Kultur gilt und was aber nicht, warum Kultur nicht als reine Ware behandelt werden kann.

Kunst und Kultur sind unverzichtbare Ressourcen für die Freiheit und Entwicklung unserer pluralistischen Gesellschaft. Denn: "Ob Poesie, ob Malerei, ob Film, Musik, Theater oder Tanz: Kunst kann gemeinsame Sprache sein, wo unterschiedliche Begriffe Missverständnisse verursachen. Kunst kann gemeinsame Erfahrung beschenken, wo unterschiedliche Herkunft ab- und ausgrenzt. Kunst kann uns helfen zu verstehen, was uns ausmacht, wer wir sind". Kunst und Kultur sind eben nicht das Sahnehäubchen, sondern die Hefe im Teig unserer Gesellschaft.

| [Regina-Dolores Stieler-Hinz](#) |

Beigeordnete für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit
der Stadt Minden

Flüchtlingshilfe

Gelebte Teilhabe mit Hoffnungsträgern

Einige Momentaufnahmen vom Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin

Wir alle erleben derzeit, wie die Flüchtlingsproblematik sich im Laufe dieses Jahres zu einer unvorstellbar großen Herausforderung für ganz Europa und natürlich auch für unseren Staat und die ganze Gesellschaft entwickelt hat. Viele Christen und viele katholische Verbände und Organisationen haben dazu beigetragen, dass in unserem Land eine große Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft entstanden ist. Beispielhaft für dieses Engagement stellen wir Aktionen und Projekte des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Berlin vor.

Blitzlicht: Interkulturelle Woche "Refugees welcome"

Die diesjährige bundesweite Interkulturelle Woche (IKW) fand unter dem Motto "Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt." statt. Seit vielen Jahren ist der Diözesanrat Berlin Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Durchführung der IKW in Berlin. Eine von vielen Veranstaltungen war die Podiumsdiskussion "Refugees welcome – Auf dem Weg zu einer Kultur der Begegnung. Welche Unterstützung brauchen Flüchtlinge und ihre Helfer?". Viele Ehrenamtliche bringen sich derzeit in die Flüchtlingsarbeit ein und nehmen damit eine persönliche Verantwortung für die Entstehung einer lebendigen Kultur der Begegnung ernst. Eigeninitiativ entstehen Netzwerke spontaner Hilfe, wie zum Beispiel Willkommensrucksäcke, Begleitservice zu Ämtern, Übersetzungshilfe und Deutschunterricht. Viele haben Urlaub genommen, um Zeit zu geben und sich um die Erstversorgung von Flüchtlingen zu kümmern. Auf dem Platz vor der Behörde, die Flüchtlinge registriert, dem Landesamt für Gesundheit und Soziales, warten oft bis zu zwei Wochen lang täglich zwischen 700 bis 1.000 Menschen, um ihre Personalien anzugeben. Sie lagern dort im Freien, gehen nicht weg aus Angst, den Platz zu verlieren. Erschütternd hörten wir den Bericht eines Helfers, der eine Mutter mit zwei kleinen Kindern im Alter von drei und fünf Jahren begleitet. Ihr drittes Kind,

ein Säugling, ist bei der Flucht über das Mittelmeer ums Leben gekommen. Tagelang saß sie mit leerem Blick auf dem nackten Boden in der Schlange vor der Behörde. Durch nichts und niemanden ließ sie sich von den beiden lebenden Kindern trennen, an die sie sich klammerte. Es hat Tage gebraucht, um zu ihr einen Kontakt aufzubauen. Für den Helfer war die fachliche Begleitung einer Beratungsstelle lebenswichtig. Er plädierte dafür, Supervision für Helfer/innen für die Verarbeitung unentgeltlich bereitzustellen. Wie wichtig der achtsame Umgang mit eigenen Grenzen ist, brachte der Psychotherapeut für Kinder und Jugendliche, Salah Ahmad, der selbst ein Flüchtlingsschicksal teilt, ins Podium ein. Persönliche Überforderung sei unbedingt zu vermeiden. Am Ende der Podiumsdiskussion sorgte Sr. Margit von SOLWODI Berlin e. V. für einen entlastenden Perspektivwechsel. Sie sprach davon, dass mit den Flüchtlingen ja Hoffnungsträger und -trägerinnen zu uns kommen. Sie möchten ihre großen Hoffnungen unbedingt mit uns teilen. Das macht unser Leben reicher.

Blitzlicht: Runde Tische als Möbel im Reich Gottes

"Im Haus meines Vaters gibt es viele Wohnungen ..." (vgl. Joh 14,2) und, so möchte ich schmunzelnd vermuten, vielleicht werden sie durch Engel an Runden Tischen vorbereitet. In vielen Pfarreien und kirchlichen Einrichtungen werden Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge geprüft, Wohnungen gesucht und geschaffen. In diesem drängenden Anliegen treffen sich auf Anregung des Diözesanrates bewusst einmal alle katholischen Akteure. Ziel ist es, Kräfte zu bündeln und Lösungen gemeinsam zu finden und schrittweise umzusetzen. In Regie der Caritas kommen am Runden Tisch Migrationsfachverbände, Beratungsstellen, kirchliche Einrichtungen mit thematischer Ausrichtung zusammen, darunter viel Kompetenz mit dem Jesuitenflüchtlingsdienst, SOLWODI (solidarity with women in distress), SkF (Sozialdienst katholischer Frauen), Afrika Center, IPZ (Internationales Pastorales Zentrum) u. a. m.. Umeinander zu wissen stärkt das Miteinander. Konkret wird überlegt, wie geflüchtete Menschen mit gastgebenden Familien und Privatpersonen zusammengebracht und wie sie begleitet werden können. "Private Unterbringung ist die bessere Integration!" An einem weiteren Runden Tisch wird gemeinsam mit der Bistumsleitung über Willkom-

Laien

Flüchtlingshilfe

menskultur und Flüchtlingsseelsorge beraten. Dazu wird es einen Flüchtlingsgottesdienst am 10. Dezember 2015 mit Erzbischof Dr. Heiner Koch geben. Weiter wird ein ökumenischer Flyer erstellt, der seelsorgerische Anlaufstellen und Beratungsstellen der Kirchen aufzeigt. Ziel ist es, geflüchteten Christen und Christinnen notwendige Kontakte in Berlin und im Umland zu vermitteln. Sie erfahren so, wo arabisch-, englisch- oder französischsprachige Gottesdienste und Beratungen möglich sind.

Blitzlicht: Bildung von Alpha bis Omega

"Alpha bis Omega" ist ein gemeinsames Projekt der Bildungsstätte für Migrantinnen und Flüchtlinge JACK und SOLWODI Berlin e. V., es finanziert sich rein über Spenden und ist die Kombination aus Alphabetisierungsprozess mit psychosozialer Betreuung. Zielgruppe sind schutzbedürftige Frauen, Frauen mit ungesichertem Aufenthalt. JACK ist eine Initiative von fünf Frauen in Nord-Neukölln. Die Flüchtlingsbildungsstätte wurde 2013 ins Leben gerufen. Beratung bzw. kompetentes Weitervermitteln geschieht durch SOLWODI. Beide Einrichtungen arbeiten am gleichen Standort. Im April 2015 nehmen z. B. 80 Frauen an den Alphabetisierungs- und Deutschkursen teil. Sie kommen aus mehr als 20 Nationen, wie zum Beispiel Somalia, Nigeria, Eritrea, Benin, Kenia, Afghanistan, Syrien, Tschetschenien und Turkmenistan. Zum ganzheitlichen Bildungsansatz gehören außerschulische Kurse wie Theater, Kochkurse, PC-Unterricht, Selbstverteidigung u. a. Bemerkenswert ist die ehrenamtliche Kinderbetreuung, die parallel zu den Kursen läuft. Mittlerweile haben sich dazu 50 meist junge Personen bereit erklärt. Durch das Alleinstellungsmerkmal "nur für Frauen" und mit Schwerpunkt Afrika hat sich ein Klima des Vertrauens aufgebaut, das den Teilnehmerinnen den Zugang zur Kultur über die Sprache und so zu einem neuen Leben erleichtert, ja, ermöglicht. Im Unterrichtsraum legen die Frauen schon mal das Kopftuch ab. Hier, so sagen sie, sind sie zuhause.

Blitzlicht: Kirchenasyl

Das Kirchenasyl will helfen, Zeit für eine erneute Überprüfung einer Abschiebung zu gewinnen. Seit 31 Jahren gibt es diese Praxis. Kirchenasyl als "ultima ratio", als ein entschiedenes "Stopp!" gegenüber dem Staat im An-

liegen, dem einzelnen Fall zu mehr Gerechtigkeit zu verhelfen. Die Gemeinde kämpft dafür, dass die Geschichten von Geflüchteten angehört werden. Eine Geschichte, die gehört wird, ist die des muslimischen Ehepaars Aliyah und Rooble. Sie lebten fast zehn Monate unter dem Schutz der Gemeinde St. Christophorus, Berlin-Neukölln. Während ihrer Zeit in der Gemeinde wollte sich das muslimische Ehepaar nützlich machen. Nach dem glücklichen Ausgang des Kirchenasyls kommt Rooble immer noch einmal in der Woche, um ehrenamtlich zu helfen. "Ihr seid doch meine Familie!", sagt er. Ihre Geschichte wird zurzeit im Heimathafen Neukölln aufgeführt. "Ultima Ratio. Ein Kirchenasyl-Fall in Neukölln als Live Graphic Novel" (<http://www.heimathafen-neukoelln.de/>). Am 11. November findet im Anschluss ein Publikumsgespräch statt. Gäste sind Prof. Dr. Hans Michael Heinig, Kirchenrecht; Pfarrer Kalle Lenz, St. Christophorus, Kirchenasyl seit 20 Jahren; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Sozialethiker an der Katholischen Fachhochschule für Sozialwesen und Mitglied im ZdK. Moderation: Burkhard Weitz, Chrismon-Magazin.

Blitzlicht: Integrationspreis

Einmal im Jahr vergibt der Diözesanrat den Drei-Königs-Preis (<http://dioezesanrat-berlin.de/drei-koenigs-preis/>). So wie der Stern die drei Könige motivierte, sich aus verschiedenen Nationen gemeinsam auf den Weg zu Christus zu machen, so will der Drei-Königs-Preis dazu anregen, den Weg für ein Miteinander von Menschen verschiedener Nationen, Religionen, Sprachen und Kulturen gemeinsam zu ebnet. Der Diözesanrat möchte besondere Aktionen auszeichnen, die das Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen, Sprachen und Religionen fördern. Wir sind gespannt, welche Hoffnungsträger den nächsten Preis erhalten werden.

Lissy Eichert

Vorstandsmitglied im Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin

8 Pflegebedarf Versorgungsaufwand

Pflegestärkungsgesetz II

Meilenstein mit Verbesserungsbedarf

Die Bundesregierung hat am 12. August 2015 den Gesetzesentwurf des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes (PSG II) verabschiedet. Herzstück des Gesetzesentwurfs ist die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und Begutachtungsverfahrens. Das Gesetz soll am 1. Januar 2016 in Kraft treten. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff und das neue Begutachtungsverfahren sollen ab dem 1. Januar 2017 gelten. Die Caritas begrüßt die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und den damit einhergehenden Paradigmenwechsel, sieht aber auch Verbesserungsbedarf.

In Zukunft soll bei der Einstufung in eine Pflegestufe nicht mehr die erforderliche Pflegezeit maßgeblich sein, sondern die Beeinträchtigung der Selbstständigkeit bei der Durchführung von Aktivitäten oder bei der Gestaltung von Lebensbereichen. Dadurch umfasst der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff somatische, kognitive und psychische Beeinträchtigungen gleichermaßen. Dies spiegelt sich auch im Begutachtungsverfahren wieder. Im Rahmen der Begutachtung werden somatische, kognitive und psychische Aspekte von Pflegebedürftigkeit in derselben Weise erfasst und das Ausmaß der Beeinträchtigung von Selbstständigkeit im Alltag und damit zugleich die Abhängigkeit von personeller Hilfe in allen pflegerelevanten Bereichen aufgezeigt. Die bisherigen drei Pflegestufen werden durch fünf Pflegegrade ersetzt. Die Caritas hat sich lange für die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und ein neues Begutachtungsinstrument eingesetzt. Durch die Reform werden vor allem demenzkranke Menschen, psychisch Kranke und Pflegebedürftige mit geistiger Behinderung genau den gleichen Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung haben wie bisher Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen.

Benachteiligung durch Eigenanteil

Im Rahmen der Änderungen kommt es zu einer Neustafelung der Leistungsbeträge. Kritisch bewertet die Caritas, dass es bei den Leistungsbeträgen in der stationä-

ren Pflege zu Absenkungen in den Pflegegraden 2 und 3 kommt. Dies betrifft vor allem den Pflegegrad 2 und damit Menschen, die mit Pflegebedürftigen der jetzigen Pflegestufe 1 und Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz und Pflegestufe 0 vergleichbar sind. Diese erhalten – wenn die Pflegebedürftigkeit ab dem 1. Januar 2017 neu festgestellt wird – statt 1.064 Euro nur noch 770 Euro für Leistungen in vollstationären Einrichtungen. Hinzu kommt, dass die Bewohner von stationären Einrichtungen ab dem Jahr 2017 einen sog. einrichtungseinheitlichen Eigenanteil zahlen müssen. Dieser Eigenanteil steigt nicht mehr wie bisher von Pflegestufe I zu Pflegestufe III an. Vielmehr zahlen alle Pflegebedürftigen der Pflegegrade 2 bis 5 einen gleich hohen Eigenanteil, der den durchschnittlich anfallenden Aufwand abdeckt. Künftig zahlen daher die in höhere Pflegegrade eingestufteten Bewohner einen geringeren Eigenanteil als heute. Die heute in niedrige Pflegegrade eingestufteten Personen zahlen mehr. Menschen im Pflegegrad 2 werden durch die Neuregelungen also im doppelten Maße benachteiligt. Erschwerend kann hinzukommen, dass der Betrag für die vollstationäre Pflege für die Pflegegrade 2 bis 5 um 20 Prozent gekürzt wird, wenn der Medizinische Dienst der Krankenkasse feststellt, dass eine Unterbringung im Heim nicht erforderlich ist.

Gehen Pflegebedürftige des Pflegegrads 1 in eine stationäre Pflegeeinrichtung, erhalten sie einen Zuschuss in Höhe von 125 Euro. Dieser Betrag kann ebenfalls um 20 Prozent gesenkt werden. Diese Personengruppe trägt also de facto bei einem Heimaufenthalt ihre Kosten selbst. Positiv ist, dass alle Pflegebedürftigen in stationären Pflegeeinrichtungen in Zukunft einen individuellen Rechtsanspruch auf zusätzliche Betreuung und Aktivierung haben.

Pflegebedürftigen in der häuslichen Pflege soll künftig ein Leistungsbetrag für Betreuungs- und Entlastungsleistungen in Höhe von 125 Euro, der sog. Entlastungsbetrag, gezahlt werden. Dieser kann für qualitätsgesicherte Leistungen zur Entlastung von pflegenden Angehörigen eingesetzt werden. Die Caritas hat sich für einen jährlichen Entlastungsbetrag eingesetzt, der sich aus dem jetzigen Entlastungsbetrag, den Mitteln der Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege speist. Für die Pflegegrade 2 bis 5 hätte ein jährlicher Entlastungsbetrag 4.724 Euro

Pflegebedarf

Versorgungsaufwand

betragen und hätte flexibel für Leistungen wie die Kurzzeitpflege eingesetzt werden können.

Angemessene Vergütung

Der Gesetzesentwurf sieht zudem vor, dass die Regelungen zur Information und Beratung neu strukturiert und ausgeweitet werden. Die Beratung selbst wird qualitativ verbessert. Diese Änderungen sind positiv. Für eine qualitätsgesicherte Beratung bedarf es aber auch einer angemessenen Vergütung.

Die Überleitung von Pflegebedürftigen in das neue System ist gelungen, wenn auch aus Sicht der Caritas noch nicht alle Detailfragen geklärt sind. Personen, die bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits eine Pflegestufe besitzen, werden in das neue System übergeleitet. Ziel der Überleitung ist es, bisherige Leistungsbezieher nicht schlechter zu stellen. Die Überleitung erfolgt deshalb in einen Pflegegrad, mit dem entweder gleich hohe oder höhere Leistungen als bisher verbunden sind. Leistungen für Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz sind in dem neuen Leistungsrecht integriert und werden bei der Überleitung durch einen sog. doppelten Stufensprung berücksichtigt.

Bei der Überführung von vollstationären Pflegeeinrichtungen in das neue System gibt es erheblichen Änderungsbedarf. Grundsätzlich sieht das Gesetz zwei Wege zur Überleitung vor. Der "Königsweg" wäre, dass die Pflegesätze bis Herbst 2016 neu verhandelt werden. Dies ist aufgrund der großen Verhandlungsmasse und der kurzen Zeitspanne eher unrealistisch. Wahrscheinlicher ist der alternative Weg. Er sieht vor, dass die Pflegeeinrichtungen zu einem bestimmten Stichtag übergeleitet werden. Für die Überleitung sind dann die Pflegesätze und die Zusammensetzung der Bewohner an einem Stichtag maßgeblich. Dieses Ergebnis kann jedoch willkürlich ausfallen, z. B. durch Versterben von Bewohnern, und dadurch zu Finanzierungsproblemen führen. Die Caritas hat daher ein jährliches Monitoring der Entwicklung der Struktur der Heimbewohner und der Eigenanteile gefordert, damit der Gesetzgeber die Leistungssätze ggf. entsprechend anpassen kann. Bei der Überleitung der Pflegeeinrichtungen steckt der Teufel sprichwörtlich noch an vielen Stellen im Detail. Dies wird z. B. bei der Personalausstattung deutlich: Durch die großzügige Überleitung der Pflegebe-

dürftigen in höhere Pflegegrade müssen die Pflegeheime bei gleichem Personal – die Pflegesätze sind in 2016 grundsätzlich "eingefroren" bis auf Tarifverhandlungen und Preissteigerungen – höhere Versorgungsaufwände schultern. Die Caritas hat daher gefordert, dass auch das Überleitungsverfahren für den Pflegesatz um den doppelten Stufensprung angepasst werden muss.

Schnittstelle zur häuslichen Krankenpflege unklar geregelt

Ein weiterer Pferdefuß ist, dass der Gesetzesentwurf keine Aussagen zu den notwendigen Folgeänderungen im SGB XII (Sozialhilfe) und SGB V (gesetzliche Krankenversicherung) trifft. Der Gesetzgeber hat dadurch kein systemübergreifendes, in sich schlüssiges Gesamtkonzept vorgelegt. Im Bereich des SGB XII hätten die Leistungen der Sozialhilfe (Hilfe zur Pflege) und Eingliederungshilfe mit in den Blick genommen werden müssen, z. B. berücksichtigt die Leistung der Hilfe zur Pflege nicht die neuen Leistungen der Pflegeversicherung. Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung hätte die Schnittstelle zur häuslichen Krankenpflege klar geregelt werden müssen, um Leistungsverschiebungen zwischen Pflegeversicherung und der Krankenversicherung zu verhindern.

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass die Caritas die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs positiv bewertet. Bei der praktischen Umsetzung besteht jedoch an einigen Stellen erheblicher Verbesserungsbedarf, damit bestimmte Gruppen von Pflegebedürftigen nicht benachteiligt werden. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Einrichtungen und Dienste den höheren Versorgungsaufwand tragen können und damit den Erwartungen der pflegebedürftigen Menschen gerecht werden können.

| [Tatjana Sorge](#) |

Stabsstelle Sozialrecht, Caritasverband für die Diözese Augsburg e. V.

| [Dr. Elisabeth Fix](#) |

Berliner Büro, Rehabilitation, Alten- und Gesundheitspolitik, Deutscher Caritasverband e. V.

2030-Agenda

Reflexionsprozesse

Wir brauchen eine Theologie der Nachhaltigkeit

Globale Nachhaltigkeitsziele sind Chance und Verantwortung zugleich

Die Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) gewinnen durch ihre Substanz, ihre Verbindlichkeit und ihren Geltungsbereich an Bedeutung. Sie sind anspruchsvoll. Die meisten der 17 Ziele mit rund 170 Unterzielen sollen bis zum Jahr 2030 erreicht werden. Das ist eine Aufgabe, die uns alle angeht; es ist eine weltweit geteilte Aufgabe. Für die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitspolitik Deutschlands sind sie ein wichtiger Impuls.

Deutschland hat eine Nachhaltigkeitsstrategie, die zentrale Handlungsfelder in den Bereichen Ökonomie, Ökologie und Soziales als Teil der politischen Steuerung formuliert. Die Erfolge politischer Steuerung werden durch das Statistische Bundesamt rückblickend alle zwei Jahre unabhängig überprüft. Alle vier Jahre entwickelt die Bundesregierung ihre Strategie weiter fort. Institutionen zu ihrer Umsetzung sind im Parlament, in Regierung und Gesellschaft über Jahre etabliert. Sie sehen Nachhaltigkeit als eine Querschnitts-, eine Koordinations- und Kooperationsaufgabe zwischen den verschiedenen Fachministerien, gesellschaftlichen Sektoren und föderalen Ebenen. Nachhaltigkeit ist in Deutschland seit 2002 Chefsache. Der Begriff wird allgemein akzeptiert, was auch für die Maxime gilt, ihn konkret auszufüllen, anstatt ihn immer wieder in neuen semantischen Wellen zu diskutieren.

Doch fällt die Bilanz bis heute verhalten aus. Bis heute zeigt die Nachhaltigkeitspolitik Schwächen bei wichtigen Zielen und Anliegen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und in der Adressierung von nicht nachhaltigen Trends und Zielkonflikten, sei es beim Ressourcenverbrauch, der Biodiversität oder im Hinblick auf eine zukunftsfähige Infrastruktur. Als regulative Leitidee ist die Nachhaltigkeitsfrage Schritt für Schritt über die ökologische Frage hinausgewachsen und weitgehend unwidersprochen, als politischer Grundwert – als Entscheidungs- und Handlungsprinzip ist sie aber noch nicht anerkannt.

Kirche als Ort der Demutsbewegung

Nachhaltigkeitspolitik erfordert das Navigieren durch Veränderungsprozesse. Das Wissen um anstehende Herausforderungen löst bislang nur unzureichende Impulse zu notwendigen Veränderungsschritten aus. Wenngleich in ihnen Chancen liegen, sind sie auch mit Verlust, mit Furcht und mit Zweifeln verbunden. Bleiben sie unartikulierte und ungehört, können sie Abwehr und Verharrung stärken. Mit ihrer Werteorientierung und Unabhängigkeit, die eine kritische Bestandsaufnahme und Reflexion erlaubt, kommt der Kirche hier in der Schaffung gesellschaftlicher Räume eine besondere Rolle zu. Sie schließt die Suche nach neuen Lösungsideen, nach alternativen Lebensmodellen und -weisen zu Wirtschaften und zu Konsum mit ein. Kirche als Ort der Demutsbewegung ist prädestiniert dafür, kultursensibel ethisches Handeln im Hinblick auf die Gesellschaft als Ganzes, die Würde jedes Einzelnen und die Bewahrung der Schöpfung vital zu halten. Das heißt auch, die Entscheidungen von heute auf ihre möglichen Folgewirkungen auf die Lebenswelten anderer im Rahmen globaler Verflechtungen wie auf die kommende Generationen kritisch zu untersuchen.

Die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung erhebt den Anspruch, niemanden zurückzulassen. Sie fordert unser Wirtschafts- und Konsummodell heraus. Ökologisch, sozial und ökonomisch liegt viel im Argen. Das Niveau unseres Naturverbrauches überschreitet planetare Grenzen. Auch jenseits unserer Grenzen müssen wir andere stärker dazu befähigen, eigene Wege in eine nachhaltige Zukunft zu gehen. Die SDGs sind eine Aufgabe innerhalb Deutschlands und für Deutschlands Rolle in der Welt. In diesem Sinn ist Deutschland ein Land in Entwicklung.

Handeln und Entscheiden

Wir im Nachhaltigkeitsrat haben die Politik dazu aufgefordert, die Institutionen und Verfahren der Nachhaltigkeitspolitik grundlegend zu verbessern und wirkungsvoller zu machen. Es reicht nicht länger aus, Nachhaltigkeit auf die nationalen Belange zu beschränken. Innen- und außenpolitisches Handeln müssen besser miteinander

2030-Agenda

Reflexionsprozesse

verschränkt und auf Nachhaltigkeit hin ausgerichtet werden; der private Sektor muss stärker eingebunden und bei den Umbauprozessen zum nachhaltigen Wirtschaften unterstützt werden. Die Globalen Nachhaltigkeitsziele werden nur dann ein großer Schritt sein, wenn sie breit umgesetzt werden. Wir sind alle aufgerufen, zu ihrer Umsetzung beizutragen – Staat und Unternehmen, Konsumenten, Bürger und Zivilgesellschaft. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist ihrer Anlage nach das geeignete Instrument, um die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung in und durch Deutschland umzusetzen. Sie muss nun auf den wachsenden Verantwortungsrahmen ausgerichtet werden. Dazu muss sie das Handeln und Entscheiden auf die ökologische, ökonomische und soziale Dimension der Nachhaltigkeit hin orientieren.

Dialoge sind wesentlicher Bestandteil einer lebendigen Nachhaltigkeitsstrategie. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie muss auch hier besser werden. Mit der Dialogreihe, die die Bundesregierung auf Bundes- wie auf Länderebene zur Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie ausrichtet, nimmt sie eine große Hürde, wenn es ihr auch gelingt, Erwartungen klar zu formulieren, Anregungen und Vorschläge aufzugreifen und Zielkonflikte in konstruktive Überlegungen zu überführen. Denn bisherige Teilhabe-Verfahren erreichen noch nicht die gewünschte Breite und Relevanz. Hier ist nicht nur die Befassung im Deutschen Bundestag zu vertiefen. Die Teilhabe von Kommunen, nicht staatlichen Institutionen und Initiativen, von Unternehmen und Verbänden ist deutlich auszubauen.

Raum für Verbesserungen

Kirchen sind zugleich Vorbild und Forum für die Einbindung unterschiedlicher Akteure aus allen Schichten und Segmenten der Gesellschaft. Sie zeichnen sich durch ihre Kompetenz aus, Perspektiven wechseln zu können und damit den Lebenswirklichkeiten von Menschen innerhalb unserer Gesellschaft wie den Erfahrungen aus der internationalen Zusammenarbeit eine Stimme zu geben. Darüber hinaus können und müssen sie Zugänge zu Nachhaltigkeit schaffen und erfahrbar machen, indem sie Gestaltungsansprüche auch durchsetzen. Die Hausaufgaben liegen vor der Tür. So sehr die bestehenden Ansätze

und Initiativen wie beispielsweise jene zum Klimaschutz zu begrüßen sind, so besteht nach wie vor viel Raum für Verbesserungen. Ob Immobilienmanagement, Ausgestaltung von Pachtverträgen oder Beschaffungswesen: Ökologische und soziale Kriterien sollten besondere Berücksichtigung erfahren. Die kirchlichen Werke müssen ihre eigenen langjährigen Forderungen praktisch umsetzen, wie den Ausbau erneuerbarer Energieversorgung. Das gilt auch für die internationalen Aktivitäten, insbesondere die Unterstützung der Zivilgesellschaft.

Ein gutes Beispiel für den Beitrag der Kirchen zur Nachhaltigkeit ist seit 2011 der Leitfaden für nachhaltige Geldanlagen, den die Evangelische Kirche Deutschlands mit den Banken und mit den landeskirchlichen Finanzverantwortlichen entwickelt hat. Es ist erfreulich zu beobachten, wie er sich nach und nach durchsetzt. Mittlerweile wurden rund 32 Milliarden Euro danach angelegt. Das ist viel Geld in so kurzer Zeit. Nachhaltige Geldanlagen belohnen auch jene Unternehmen, die Nachhaltigkeit zu ihren Kernaufgaben zählen. Damit diese Pflanze aber wachsen und sich verzweigen kann, sind transparente und überprüfbare Informationen über die Fonds und Unternehmen, in die investiert werden soll, unverzichtbar. Auch für die Kreditvergabe durch Kirchenbanken werden solche Informationen immer wichtiger. Das ZdK und die Deutsche Bischofskonferenz haben kürzlich ebenfalls eine Orientierungshilfe zum ethisch-nachhaltigen Investment veröffentlicht.

Nachhaltigkeit macht auch vor der Kernkompetenz der Kirchen nicht halt. Wir brauchen eine Theologie der Nachhaltigkeit. Inner-institutionelle Reflexionsprozesse sind dafür eine wertvolle Hilfe. Die Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit erfordert es, sich von lieb gewordenen überkommenen Grundsätzen und Illusionen zu befreien und sich neuen Fragen und Herausforderungen zu stellen – nicht nur in der aktuellen gesellschaftspolitischen Diskussion, sondern auch in der Interpretation und tiefen Auseinandersetzung mit den Grundfesten des Glaubens.

| **Marlehn Thieme** |

Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung



Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

Dialog mit den Nicht-Glaubenden

Spezifische Herausforderungen beim Katholikentag in Leipzig

X-mal schon ist es beschrieben: Der Osten Deutschlands ist neben Tschechien das am meisten säkularisierte Land Europas. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist religiös "unmusikalisch". Normal ist es, nicht weltanschaulich gebunden und hochresistent gegen alle "Missionsbemühungen" zu sein.

Meist werden folgende Ursachen benannt: Die Propaganda des atheistischen sozialistischen Staates wurde nicht müde zu betonen, dass Glaube unwissenschaftlich und gegen die Vernunft sei. Das wirkt immer noch nach, auch in der nächsten und übernächsten Generation. Wenn die Kirchen heute in Ostdeutschland wieder für den Glauben "werben" wollen, dann sei das so schädlich wie vieles andere aus dem Westen, das die Bürger der neuen Bundesländer nach der Wiedervereinigung überrollt hat. Und die schon im Mittelalter grundgelegte und seit der Reformation verstärkte spezifisch deutsche Verbindung von staatlicher und kirchlicher Macht führte dazu, dass die christliche Botschaft eher als ein Herrschaftsinstrument der Mächtigen denn als frohe Botschaft für die Armen erfahren wurde.

Herausforderungen

Diesen Zustand dürfen Christen nicht schönreden, zumal eine Umkehr dieser Lage nicht in Sicht ist. Man muss ihn ernst nehmen und als Chance begreifen. Die "Wüste" der Religionslosigkeit ist ein Ort, an dem Gott anwesend ist und an dem es gilt – wie Moses am brennenden Dornbusch – die "Schuhe auszuziehen", statt gestiefelt und gespornt mit Glaubenssicherheit

daherkommen. Immer wieder herausfordernd ist es, eine gemeinsame Sprache zu finden nach dem, was das Leben trägt, statt eine Kirchen-Insider-Sprache zu sprechen. Statt Nicht-Glaubende nur einzuladen, gilt es – wie Paulus seinerzeit in das Zentrum Athens – heute dorthin zu gehen, wo die Menschen wirklich sind. Die Herausforderung ist immer wieder, von Nichtglaubenden wirklich zu lernen, statt in den Tiefen des eigenen Herzens eigentlich überzeugt zu sein, dass Christen der eigenen Bekehrung nicht mehr bedürfen.

Erfahrungen in Leipzig

Wer sich auf einen anderen Menschen wirklich einlässt, geht aus dem Kontakt nie als der Gleiche heraus, als der er hineingegangen ist. Die Andere hat immer auch einen Aspekt der Wahrheit, der bereichern oder die eigene Position korrigieren kann. Das verunsichert bisweilen und macht Angst, aber wirklicher Glaube geht dabei nicht unter, sondern wird geklärt und gereinigt. Das eigene Revier zu verlassen bedeutet z. B. konkret:

- nicht nur zu Veranstaltungen in die eigenen Räume einzuladen, sondern hinauszugehen dorthin, wo die Menschen sind, die keinen kirchlichen Raum betreten würden.
- die Themen zu verstehen suchen, die die Menschen wirklich beschäftigen, und diese zum Ausgangspunkt eigener Angebote zu machen: die Schwierigkeit sich zu entscheiden, die verschiedenen Ängste, die Suche nach Sinn und Freude, die Auseinandersetzung mit Leid, mit Aggression und mit Einsamkeit.
- überzeugt sein, dass jeder Mensch, der sich ganz auf sich selbst einlässt, in sich die Spur Gottes findet, auch wenn er das nicht gleich Gott nennt und nicht in die Kirche kommt.

Die reizvolle Herausforderung in Leipzig liegt darin, beim Katholikentag solche Begegnungen zu ermöglichen zwischen nicht religiös Gebundenen und Glaubenden, damit heilsame Verunsicherung auf beiden Seiten geschieht, vielleicht auch Verständigung über gemeinsame Aufgaben wie Dienst am Mitmenschen, Option für die Armen und Sorge für Flüchtlinge.

| [P. Hermann Kügler SJ](#) |

Jesuit und Pastoralpsychologe

Leiter der Kontaktstelle Orientierung in Leipzig

www.orientierung-leipzig.de

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner